

Entschließung der Unterbezirkskonferenz 60plus Gießen 21.2.2019

Weiterleitung Bezirkskonferenz 60plus 2019

Freiheit, Sozialstaat, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verteidigen -

Aufrüstungsspirale stoppen!

Eine ungute Entwicklung hat eingesetzt: Allenthalben wird über Aufrüstung, neue Waffensysteme Erhöhungen der Rüstungsetats gesprochen. Rüstungskontrollverträge werden gekündigt, neue erst garnicht in Erwägung gezogen.

Die Osterweiterungen der NATO, Militärstationierungen an den Ostgrenzen Europas, Manöver unter Beteiligung der Bundeswehr.

Internationale Einsätze der Bundeswehr werden ohne große Diskussion verlängert, obwohl eine Wirksamkeitskontrolle höchst angebracht und vermutlich eine Beendigung nahelegen würde.

Mit der üblichen Polemik befördert US-Präsident Trump diese Entwicklungen und sieht sich in verschärfter Konkurrenz zu Rußland und China um Einfluss und Macht.

Es wird ein 2%-Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt gefordert, was für Deutschland in etwa eine Steigerung um 25 Mrd. Euro bedeuten würde.

Das Geld kann besser ausgegeben werden, zumal der Finanzaufwand der NATO gegenüber Russland bereits jetzt erheblich ist.

Der russische Militäretat belief sich 2016 auf 66,5 Mrd. Dollar, die Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland summierten sich auf mehr als 145 Mrd. Dollar!

Russland Präsident Putin sieht sich eingekreist, möchte zu alter Größe zurück und scheut dabei den Einsatz militärischer Mittel nicht und kündigt ebenfalls neue Aufrüstungen an.

Als Hauptbeteiligte in Europa gilt für uns, eine klare friedenspolitische Linie zu fahren, Aufrüstungsapologeten zu widerstehen und alle Mittel zur Befriedung der Beteiligten ohne kriegerisches Getöse einzusetzen.

Wir bleiben den Grundsätzen der internationalen Gemeinschaft verpflichtet, die friedliche Konfliktlösungen anstrebt. Wir engagieren uns im Ausland mit Friedensmissionen und tragen durch eine faire Handels- und Entwicklungspolitik sowie eine restriktive Rüstungsexportpolitik dazu bei, wirtschaftliche und soziale Verwerfungen der Globalisierung, die oft die Ursache für Konflikte sind, zu verringern. Daran gilt es zu arbeiten.

Internationale Einsätze der Bundeswehr unterliegen nach wie vor dem Parlamentsvorbehalt und finden alleine nach Legitimation durch die Vereinten Nationen statt.

Altes Denken der NATO ist zu überwinden und durch ein System der kollektiven Sicherheit, an dem sich alle europäischen Staaten einschl. Russland beteiligen, zu ersetzen – und dies auf dem Verhandlungsweg!